

Stand: 06.02.2026 05:48:20

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/4603

"Islamistischer Prediger bei der DITIB und bei „Milli Görüs“: Verbot von Vereinigungen des politischen Islams - Nein zu Christen- und Judenhass"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/4603 vom 21.01.2025
2. Beschluss des Plenums 19/4659 vom 22.01.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 39 vom 22.01.2025



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Jörg Baumann, Dieter Arnold, Oskar Atzinger, Franz Bergmüller, Rene Dierkes, Daniel Halemba, Martin Huber, Andreas Jurca, Florian Köhler, Oskar Lipp, Stefan Löw, Roland Magerl, Gerd Mannes, Johannes Meier, Harald Meußgeier, Johann Müller, Elena Roon, Franz Schmid, Ulrich Singer, Ralf Stadler, Ramona Storm, Markus Striedl, Matthias Vogler, Andreas Winhart und Fraktion (AfD)

Islamistischer Prediger bei der DITIB und bei „Millî Görüş“: Verbot von Vereinigungen des politischen Islams – Nein zu Christen- und Judenhass

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. sich auf allen Ebenen sowie mit den zuständigen Landesbehörden dafür einzusetzen, dass die „Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V.“ (DITIB) aufgrund ihrer Steuerung durch die Regierung der Türkei und wiederholter Vorkommnisse islamistischer Aussagen in ihren Einrichtungen verboten wird und ihr Wirken eingestellt werden muss,
2. sich auf allen Ebenen sowie mit den zuständigen Landesbehörden dafür einzusetzen, dass die islamistische „Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş“ (IGMG) verboten wird,
3. gesetzliche und verwaltungsrechtliche Maßnahmen zu prüfen, die eine Deutschpflicht für Predigten und öffentliche religiöse Veranstaltungen in Moscheen im Freistaat Bayern verbindlich festschreiben.

Begründung:

In Bayern existieren rund 150 Moscheen der DITIB und rund 50 Ortsvereine der IGMG, die immer wieder durch radikalislamische Positionen auffällig werden.

Ein Artikel der Tageszeitung „Die Welt“ belegt, dass der türkische Theologe Yasin Pişgin, Professor für islamische Grundwissenschaften an der Mehmet-Akif-Ersoy-Universität im türkischen Burdur, seit Monaten mit Vorträgen durch deutsche Moscheen reist und dabei islamistisches Gedankengut propagiert. Er äußerte sich laut öffentlich verfügbaren Mitschnitten wiederholt christen- und judenfeindlich. In mehreren Predigten, unter anderem im Dezember 2024 in Istanbul, rief er dazu auf, sich von Juden und Christen abzuwenden und begründete dies mit Koranversen, die in seinem Sinne gegen andere Religionsgemeinschaften ausgelegt werden. Auch diffamierte er die „Kinder Israels“ als „verabscheugewürdige Affen“ und „Schweine“ und verwendete damit eindeutig hasserfüllte Rhetorik.

Besonders problematisch ist, dass Pişgin laut den Recherchen sowohl von Moscheegemeinden der IGMG als auch von DITIB-Gemeinden in Deutschland eingeladen wurde. So trat er am 26. Dezember in einer DITIB-Gemeinde im baden-württembergi-

schen Schwäbisch Gmünd auf und zuvor in verschiedenen Städten wie Duisburg, Krefeld oder Villingen bei IGMG-Gemeinden. Vereine und Gemeinden, die zu DITIB gehören, haben auf diese Weise einen radikalen Prediger gefördert, dem die Verbreitung von offenem Christenhass nachgewiesen wird.

Zudem kam es vor, dass Pişgin in städtischen Einrichtungen auftrat, beispielsweise am 11. Januar in der Stadthalle Hattersheim sowie im Gemeinschaftshaus Gropiusstadt in Berlin-Neukölln. Zwar distanzierten sich einzelne Gemeinden im Nachhinein von Pişgins Aussagen und erklärten, man habe dessen Positionen vorher nicht gekannt. Doch allein die Tatsache, dass DITIB-Gemeinden wiederholt eine Person mit islamistischem Hintergrund einladen, wirft ein Schlaglicht auf deren intransparente Strukturen und Positionen.

Die DITIB steht seit Langem in der Kritik, da sie unmittelbar dem türkischen Religionspräsidium Diyanet unterstellt ist und damit die Politik der türkischen Regierung in Deutschland umsetzt. Wenn in DITIB-Moscheen Hassprediger auftreten können, ohne dass eine klare und wirksame Kontrolle erfolgt, zeigt dies, dass eine Einflussnahme aus dem Ausland konkrete Auswirkungen auf das religiöse und gesellschaftliche Leben im Freistaat haben kann.

Angesichts dieser Entwicklungen ist das von diesem Antrag geforderte Verbot von DITIB als ausländisch gesteuerte extremistische Organisation ein wichtiger Schritt, um jeglicher Form extremistischer Propaganda den Nährboden zu entziehen. Ergänzend dazu ist eine Deutschpflicht bei Predigten und religiösen Veranstaltungen in Moscheen zu schaffen. Dadurch werden nicht nur Transparenz und Verständlichkeit erhöht, sondern auch eine wirksame öffentliche Kontrolle möglich, um antidemokratische und christenfeindliche Inhalte frühzeitig zu erkennen und zu unterbinden.

Ein konsequentes Vorgehen gegen ausländische Einflüsse in religiösen Einrichtungen schützt das friedliche Miteinander in Bayern und verhindert, dass Islamismus jedweder Art in der Mitte der Gesellschaft Fuß fasst. Ein entsprechendes Verbot der DITIB und der IGMG sowie die Einführung einer Deutschpflicht sind daher dringlich und im Sinne des Wohls unseres Freistaates und unserer Bürger.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Jörg Baumann, Dieter Arnold, Oskar Atzinger, Franz Bergmüller, Rene Dierkes, Daniel Halemba, Martin Huber, Andreas Jurca, Florian Köhler, Oskar Lipp, Stefan Löw, Roland Magerl, Gerd Mannes, Johannes Meier, Harald Meußgeier, Johann Müller, Elena Roon, Franz Schmid, Ulrich Singer, Ralf Stadler, Ramona Storm, Markus Striedl, Matthias Vogler, Andreas Winhart und Fraktion (AfD)

Drs. 19/4603

Islamistischer Prediger bei der DITIB und bei „Milli Görüs“: Verbot von Vereinigungen des politischen Islams – Nein zu Christen- und Judenhass

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Jörg Baumann

Abg. Anna Rasehorn

Abg. Holger Dremel

Abg. Toni Schuberl

Abg. Martin Scharf

Abg. Christiane Feichtmeier

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Zur Beratung rufe ich nun auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier,
Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)**

**Islamistischer Prediger bei der DITIB und bei "Milli Görüs": Verbot von
Vereinigungen des politischen Islams - Nein zu Christen- und Judenhass
(Drs. 19/4603)**

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Abgeordnetem Jörg Baumann, AfD-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Bitte, Sie haben das Wort.

Jörg Baumann (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich beginne diese Rede mit einem Zitat, einem sehr harten Zitat: Allah gibt Ratschläge und sagt, liebe Sie nicht, gib ihnen nicht dein Herz, gehe nicht mit ihnen auf das gleiche Ziel zu, wende ihnen nicht den Rücken zu. Und: Sie werden grausam sein. Allah, der Allmächtige, sagt, sei nicht wie sie. Wir nehmen uns keine Juden als Vorbild, wir nehmen uns keine Christen als Vorbild. – Wo ist hier die zivile Gesellschaft gegen Hass und Hetze? – Es gibt sie nicht. Aber was soll man von einem Land erwarten, in welchem man einer Innenministerin direkt von seinem Anschlagsplan berichten kann, die Tür aber bei einem harmlosen Rentner eingetreten wird?

(Beifall bei der AfD)

Wir wollen, dass der Rechtsstaat echte Probleme bekämpft. Was wir nicht wollen, sind Hass und Hetze, die in Moscheen verbreitet werden. Nein, wir als AfD-Fraktion wollen keinen islamistischen Gottesstaat in Deutschland. Deshalb brauchen wir auch keinen Vortrag mit dem Titel "Ist das Kalifat die Lösung?", denn die Antwort ist klar: Sie lautet Nein.

(Beifall bei der AfD)

Klar ist jedoch nicht, warum das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus diese Fragestellung und diesen Vortrag fördert. Die eingangs erwähnten Zitate werden bei der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e. V., besser bekannt als DITIB, und der Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş, kurz IGMG, an die Muslime gebracht. Der Prediger heißt Yasin Pişgin und ist auf Deutschlandtournee. Er propagiert offen christen- und judenfeindliche Botschaften, die unmissverständlich gegen unser Land gerichtet sind. Obwohl solche Hassprediger von Ortsgemeinden eingeladen werden und ihre radikale Ideologie verbreiten können, stellt sich nicht die Frage, inwiefern diese Organisationen tatsächlich an einer friedlichen Integration und Verständigung zwischen den Religionen interessiert sind.

Wir als AfD-Fraktion wollen keine islamistischen Hassprediger in Bayern und auch nicht in Deutschland. Deshalb fordern wir ein konsequentes Verbot von DITIB und Millî Görüş;

(Beifall bei der AfD)

denn beide fallen durch massive ausländische Einflüsse und islamistische Tendenzen auf. Die Steuerung der DITIB durch die türkische Regierung sowie die offenen radikal-islamischen Ausrichtungen der IGMG verdeutlichen, dass hier nicht nur spirituelle oder seelsorgerische Interessen verfolgt werden. Vielmehr droht eine massive Einflussnahme auf Moslems, die sich dann in aggressivem Gedankengut, Intoleranz und Ablehnung gegenüber Andersgläubigen und unserem Land niederschlägt. Dies zeigt sich seit einem Jahr durch die massiven antisemitischen, gewaltsamen Proteste durch Moslems auf unseren Straßen. Durch die Hassreden der sogenannten Prediger fühlen sich viele Moslems bestärkt, offen dem jüdischen Volk die Auslöschung zu wünschen. Durch falsche Prediger in den Moscheen von DITIB und Millî Görüş radikalisieren sich immer mehr Muslime, gefördert durch das Ausland.

Ich zitiere den Bayerischen Rundfunk vom 03. Oktober 2024 zum Thema 40 Jahre DITIB: "Finanziell waren und sind alle Ditib-Gemeinden in Bayern angewiesen auf Unterstützung aus der bundesweiten Ditib-Zentrale in Köln und somit auf Geld aus der Türkei [...]." Islamismus hat in Bayern nichts zu suchen, ob vom Ausland gesteuert oder nicht. Darüber hinaus ist es höchste Zeit, in unseren Moscheen Transparenz zu schaffen. Eine verbindliche Deutschpflicht für Predigten und öffentliche religiöse Veranstaltungen ist ein wesentlicher Schritt, um Kontroll- und Aufklärungsarbeit zu ermöglichen;

(Beifall bei der AfD)

denn nur dann, wenn wir verstehen, was gepredigt wird, können wir einschreiten, sobald Christen- und Judenhass und Gewalt legitimiert oder gefördert werden. Wer unser Vertrauen untergräbt, stellt sich gegen die Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Als AfD-Fraktion sagen wir, der Islamische Staat bleibt draußen! Nicht umsonst heißt es: Gott mit dir, du Land der Bayern.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. – Dazu erteile ich Frau Kollegin Anna Rasehorn, SPD-Fraktion, das Wort.

Anna Rasehorn (SPD): Herr Baumann, Sie fordern in Ihrem Antrag das Verbot zweier Organisationen, weil sich hier Einzelne herabwürdigend gegenüber Jüdinnen und Juden geäußert haben. Die strafrechtlichen Ermittlungen stehen ja noch aus. Viele Gemeinden haben sich davon schon klar distanziert. Nun ist durch die "Main-Post" bekannt, dass eines Ihrer Fraktionsmitglieder Musliminnen und Muslime als Affen herabgewürdigt haben soll. Das Video ist nach wie vor öffentlich online einsehbar. Sie haben diese Person auch mehrfach für Ämter hier im Haus vorgeschlagen. Ich bin der Meinung, wer A sagt, muss B sagen. Sie nehmen die Verfehlung Einzelner zum An-

lass für ein kollektives Verbot. Deswegen frage ich Sie: Sind Sie dann auch für ein AfD-Verbot?

(Zurufe von der AfD: Oh! – Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Jörg Baumann (AfD): Vielen Dank für die Frage. Dass die SPD wieder einmal alles durcheinanderbringt, ist ja logisch. Wir kennen ja auch die Einstellung der SPD zu der gesamten Thematik. 2024 gab es einen wunderbaren Antrag im Bundestag durch die CDU. Es ging um die Bekämpfung des politischen Islams als Gefahr für unsere freiheitlich-demokratische Ordnung.

(Zuruf der Abgeordneten Anna Rasehorn (SPD))

Es wurde die Strafbarkeit gefordert, wenn die Forderung nach einem islamischen Gottesstaat oder der Abschaffung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gestellt wird. Man ging sogar so weit zu fordern, dass man dann die Staatsangehörigkeit verliert. Was hat die SPD getan? – Nichts. Das Islamische Zentrum in Hamburg ist eine Brutstätte des radikalen Islamismus, liest man auf der Bundestagswebseite.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Es wurde durch Sie nicht geschlossen, aber die Expertenrunde "Politischer Islam" wurde geschlossen. Sie fragen mich dies allen Ernstes, nachdem es heute in Aschaffenburg zwei Todesopfer durch Ihre falsche Migrationspolitik gab. Schämen Sie sich!

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion Herr Kollege Holger Dremel. Bitte Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Holger Dremel (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute einmal wieder einen klassischen populistischen Antrag der AfD. Er suggeriert, der Bayerische Landtag könne als Gesetzgeber einfach so mit einem Federstrich wegen des Besuchs eines Islamisten türkische Verei-

ne und Organisationen verbieten. Ohnehin ist – das wissen Sie vielleicht, Sie sind im Innenausschuss – der Bund bzw. das Bundesministerium des Innern zuständig. Die AfD weiß genau, dass es so natürlich nicht geht; denn sonst wäre sie schon selbst längst verboten, Stichwort Martin Sellner und Björn Höcke.

In dem AfD-Antrag wird auf einige Besuche eines Islamisten in verschiedenen türkischen Gemeinden abgestellt, die sich nach dessen Besuchen sogar von ihm und seinen Reden distanziert haben. Wie oft durften und dürfen seit Ihrer Gründung vor 10 Jahren, meine Damen und Herren, eigentlich Extremisten auf AfD-Veranstaltungen sprechen, ohne dass die AfD inzwischen verboten ist?

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei der AfD)

Zur Klarstellung: zwei Jahre zu viel. Wir dulden keinen Islamismus, und wir bekämpfen ihn mit allen rechtlichen Mitteln. Wir dulden überhaupt keinen Extremismus und sagen den Spaltern, Hetzern und Antisemiten den Kampf an. Das betrifft alle, ob rechts, links, Islamisten oder sonstige Verfassungsfeinde. Lieber Kollege Baumann, wir dulden auch nicht den Ausruf eines Kalifats. Aber im Rechtsstaat, liebe Kolleginnen und Kollegen, gibt es eben Regeln. Das weiß auch die AfD, die selbst davon profitiert. Ein Verbotsverfahren richtet sich genau nach dem geltenden Recht, und das ist auch gut so.

Die AfD, meine Damen und Herren, soll bitte vor ihrer eigenen Türe kehren. Bekannte Extremisten in den eigenen Reihen können dort regelmäßig auftreten und völkische Reden halten wie etwa Björn Höcke. Dennoch reicht das nicht

(Zuruf von der AfD: Höcke!)

– er heißt Höcke, das weiß ich auch – für ein Verbot der ganzen AfD.

Auch beim Thema ausländisch gesteuerte extremistische Organisationen – so steht es in Ihrem Antrag, davon habe ich wenig gehört – sollte die AfD zunächst einmal in

ihren eigenen Reihen klar Schiff machen. Stichwort: Da war doch was mit Petr Bystron und Russland.

(Widerspruch bei der AfD)

Noch eine Nachhilfe für die AfD: Über Verbotsverfahren redet man nicht, schon gar nicht im Plenum, weil man die betroffenen Leute ja nicht warnen will.

(Christoph Maier (AfD): Haben wir denn Aserbaidschan darin?)

Die Kollegen aus dem Innenausschuss, die schön in meine Richtung lachen, wissen, dass es eher kontraproduktiv ist, wenn wir hier öffentlich über Verbotsverfahren reden. Zuständig ist unser Verfassungsschutz, und hier wird auch gut gearbeitet. Er sammelt nach Recht und Gesetz Anhaltspunkte, die dann genügen müssen, um über ein Verbot zu sprechen.

Bei DITIB und Millî Görüs – übrigens in Deutschland als Organisation inzwischen sogar rückläufig – reichen die Anhaltspunkte derzeit eben nicht aus. Daran ändert auch der Besuch eines Islamisten nichts. Aber selbstverständlich laufen im Hintergrund nach allen rechtsstaatlichen Prinzipien entsprechende Beobachtungen. Das kann ich Ihnen als Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums im Allgemeinen sagen.

Ich möchte auch hervorheben, dass sich die überwiegende Anzahl der Menschen mit islamischem Glauben von solchen Sachen distanziert und ihre Religion friedlich auslebt.

An dieser Stelle sei auch einmal ein Lob an den Integrationsbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung, MdL Karl Straub, erlaubt, der eine hervorragende Arbeit für eine gelungene Integration in Bayern leistet, die, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, besser als in vielen anderen Bundesländern hier in Deutschland ist. Danke, Karl Straub!

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jeder, der schon einmal bei einer seiner Veranstaltungen dabei war, kann bestätigen, was ich jetzt sage: Karl Straub weist bei allen Veranstaltungen bei den Religionsgemeinschaften darauf hin, dass die Predigten auf dem Boden unseres Grundgesetzes zu erfolgen haben, und das ist auch richtig so.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage es noch einmal zum Schluss: Wir dulden keinen Islamismus, und wir bekämpfen ihn mit allen Mitteln des Rechtsstaats. Wir dulden überhaupt keinen Extremismus und sagen den Spaltern und Hetzern und auch den Antisemiten den Kampf an. Das betrifft, wie gesagt, alle, rechts, links, Islamisten und sonstige Verfassungsfeinde. Deswegen werden wir euren Antrag heute auch ablehnen.

Ich will ganz zum Schluss meiner Ausführungen meine Bestürzung zum Ausdruck bringen. Die heutigen Vorfälle in Aschaffenburg sind schrecklich. Wir fühlen alle mit den Angehörigen. Diese Tat kann so nicht akzeptiert werden, sie muss aufgeklärt und auch strafrechtlich verfolgt werden. Aber es ist Masche der AfD, dies zu instrumentalisieren und hier populistisch das noch einmal in die Menge zu werfen. Das ist schäbig. Das tut mir wirklich leid. Ich habe keine anderen Worte dafür. – Herzlichen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. – Hierzu erteile ich Herrn Abgeordneten Jörg Baumann von der AfD-Fraktion das Wort.

Jörg Baumann (AfD): Schäbig ist wahrscheinlich eher die Bezeichnung für die Migrationspolitik, die die CSU aktiv mitbetrieben hat und wegen der schon wieder Menschen gestorben sind, darunter ein kleines Kind.

(Beifall bei der AfD)

Wenn Sie sagen, dass wir Extremisten sind, dann vergessen Sie immer vieles. Sie haben zum Beispiel vergessen, dass bei dem ominösen Treffen in Potsdam viel mehr CDU-Kollegen als Kollegen von der AfD dabei waren. Das lassen Sie immer weg. Ich helfe Ihnen da aber gern auf die Sprünge.

Sie haben gesagt, Sie kämpfen gegen jeden, der ein Kalifat ausruft. Der Haldenwang ist, glaube ich, bei der CDU; er ist, glaube ich, der Chef des Verfassungsschutzes. Der hatte damals gesagt: Naja, die Forderung nach einem Kalifat ist doch vollkommen in Ordnung. – Ist das Ihr Kampf gegen den Islamismus? Das ist nichts anderes als eine Lachplatte.

Sie haben gesagt, unser Antrag wäre populistisch. 2016 forderte die CSU im Bundestag eine Deutschpflicht für Predigten in Moscheen; ein Teil der gepredigten Inhalte sei nicht mit dem Grundgesetz vereinbar. – Da frage ich mich: – –

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Sie haben eine Minute für Ihre Zwischenbemerkung.

Jörg Baumann (AfD): Haben Sie davon gewusst?

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege.

Holger Dremel (CSU): Herr Kollege Baumann, den Großteil Ihrer Ausführungen zu Anfang habe ich leider akustisch nicht verstanden,

(Zurufe von der AfD: Oh!)

weil Ihre Kollegen Sie bereits, als Sie angefangen haben, übertönt haben. Aber das macht nichts. Am 23. Februar werden die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes wieder eine Regierung wählen, die letztendlich den Zustrom begrenzen wird.

(Lachen bei der AfD)

Wir brauchen eine Begrenzung der Migration. Das ist keine Frage.

Die Aussage, dass wir schon einmal gefordert haben, bei Predigten deutsch zu sprechen, ist richtig. Aber Ihr Antrag zielt nicht darauf ab. Ihr Antrag zielt auf ein Verbot von Organisationen ab. Dafür ist nicht der Freistaat Bayern zuständig.

(Zurufe von der AfD)

– Sie wollen eigentlich gar keine Antwort. Sie geben sich selbst die Antworten. Sie stellen sich hierher, um in sämtlichen Medien populistisch zu verbreiten, was Sie den Leuten sagen wollen. Sie wollen gar keine Antworten. Machen Sie so weiter.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Nächster Redner ist für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Kollege Toni Schuberl. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Putin, China, Musk, Erdogan – die Versuche, in Deutschland Einfluss zu nehmen, sind vielfältig. Da müssen wir ruhig, aber entschlossen reagieren. Wer Extremismus oder Terror fördert oder unsere Verfassung angreifen will, den müssen wir bekämpfen und dessen Organisationen müssen wir verbieten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wer aber noch knapp unterhalb dieser Grenze bleibt, den müssen wir regulieren. Aus diesem Grund ist Russia Today – der Propagandasender eines Massenmörders – verboten worden. Aus diesem Grund sollten die rechtsextremen Grauen Wölfe endlich verboten werden; wir haben das beantragt.

(Zurufe von der AfD)

Aus diesem Grund hoffe ich, dass auch die AfD verboten wird. Nächste Woche debat- tiert der Bundestag hierzu.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

DITIB und Millî Görüş befinden sich noch unterhalb dieser Verbotsgrenze. Die Inhalte und den türkischen Einfluss müssen wir beobachten und gegebenenfalls regulierend eingreifen. Maximilian Krah von der AfD lobt Erdogan im Übrigen als patriotischen Freund.

Wir sollten aber in erster Linie versuchen, den türkischen Einfluss auf unsere muslimischen Gemeinden zu reduzieren, indem wir eine Alternative zu DITIB bieten. Dazu braucht es in Bayern eine Imam-Ausbildung, dazu braucht es muslimischen Religionsunterricht an bayerischen Schulen und dazu braucht es eine bayerische oder deutsche Dachorganisation für Moscheen, die auch ausreichend finanziert ist. Wir GRÜNEN wollen das. Die AfD bekämpft das alles, weil sie einfach dumpf islamfeindlich ist.

(Zurufe von der AfD: Oje!)

Wir GRÜNEN wollen die ausländische Einflussnahme auf die muslimischen Gemeinden in Bayern reduzieren. Sie wollen das nicht.

Seit fast 20 Jahren diskutieren wir den Satz: Der Islam gehört zu Deutschland. – Diesen Satz haben Bundesinnenminister Schäuble, Bundespräsident Wulff, Bundeskanzlerin Merkel und auch Markus Söder – Söder im Übrigen auf einer Festveranstaltung von DITIB in Nürnberg – gesagt. Ich zitiere: "Auch der Islam ist mittlerweile ein Teil von Bayern geworden." – Das war 2012. Man muss das bei Söder dazu sagen, weil der ja dauernd seine Meinung wechselt. Auch hier hat er sie gewechselt.

Natürlich gehört der Islam – so wie das Christentum, das Judentum und auch der Atheismus – zu Bayern.

(Zurufe von der AfD: Nein!)

Es gibt keinen Vorrang einer Religion oder Kultur, aber Vorrang haben unsere Werte, Vorrang hat unsere freiheitliche demokratische Grundordnung. Sie gilt ohne Wenn und Aber für jeden und zu jeder Zeit, und wir werden sie durchsetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dies gilt für ausländische Einflussnahme von Putin, China, Musk oder Erdoğan. Dies gilt für die inländischen Feinde unserer Freiheit wie die AfD.

(Lachen bei der AfD)

Ihren Dringlichkeitsantrag lehnen wir ab, aber unseren Kampf gegen die Feinde unserer Demokratie setzen wir fort.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Meldung zur Zwischenbemerkung vor. – Dazu erteile ich dem Abgeordneten Jörg Baumann, AfD-Fraktion, das Wort.

Jörg Baumann (AfD): Sie haben gerade gesagt, wir seien dumpf islamfeindlich. Ich war so frei und habe einmal auf die Internetseite der GRÜNEN in Bayern geschaut: "Islamismus bekämpfen"; "Islamismus als globales Problem"; "Die jahrelange Toleranz gegen Islamismus muss enden"; "Radikalisierung verhindern"; "Einflussnahme aus dem Ausland entschlossen bekämpfen";

(Katharina Schulze (GRÜNE): Ja! So ist es! – Benjamin Adjei (GRÜNE): Was ist mit Ihren ausländischen Freunden?)

"Islamistische Strukturen in Bayern zerschlagen"; "Konsequent die Mittel des Rechtsstaats anwenden!" – Da müssten Sie unserem Antrag eigentlich zustimmen.

Ich habe aber noch etwas viel Schöneres gefunden, was genau unseren Antrag betrifft. Das steht bei Ihnen hier:

"Der Teil der muslimischen Bevölkerung, der regelmäßig eine Moschee besucht, stimmt mit höherer Wahrscheinlichkeit antisemitischen Aussagen zu. Mit Blick auf den legalistischen Islamismus und quasistaatliche Akteur*innen,

– das ist der Beweis, dass es von Ihnen ist, –

(Heiterkeit bei der AfD)

die eng mit islamistischen Regimen verbunden sind, gilt es vor allem über die Träger von Moscheen zu sprechen, insbesondere DITIB."

Also, stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der AfD: Hört, hört!)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Schuberl, bitte.

Toni Schuberl (GRÜNE): Sie sind nur so wenig davon entfernt, es zu verstehen. Wenn Sie jetzt noch die Buchstaben zählen und sehen, dass "Islam" was anderes als "Islamismus" ist,

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Genau!)

dann könnte es sein, dass Sie irgendwann einmal kapieren, dass das ein Unterschied ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Islam ist eine Religion, und diese Religion hat genau die gleichen Rechte und Freiheiten wie jede andere Religion in unserem Land; wir sind eben kein Gottesstaat.

Der Islam hat die gleichen Rechte wie das Christentum.

Der Islamismus ist ein Extremismus, der bekämpft werden muss, so wie auch Sie bekämpft werden müssen. Das ist einfach der Unterschied.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Martin Scharf für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte, Sie haben das Wort.

Martin Scharf (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag greift ein Thema auf, das zu Recht Sensibilität und Sachverstand erfordert. Extremistische Einflüsse gleich welcher Art haben in Bayern keinen Platz. Das ist eine Grundüberzeugung, die wir alle teilen. Was dieser Antrag jedoch vorschlägt, führt nicht zu mehr Sicherheit oder gesellschaftlichem Zusammenhalt, sondern riskiert, in unserer Gesellschaft neue Gräben aufzureißen.

Es ist unumstritten, dass wir gegen Islamismus konsequent vorgehen müssen. Wir müssen extremistische Kräfte, die Hass säen und unsere freiheitliche Gesellschaft untergraben, mit aller Entschlossenheit bekämpfen.

Hier in Bayern wird nicht weggeschaut. Es wird – basierend auf Fakten, nicht auf Pauschalurteilen – mit Maß und Ziel gehandelt. Genau das unterscheidet den Großteil dieses Parlaments von den Antragstellern.

Pauschalverurteilungen sind nicht nur rechtlich fragwürdig, sondern auch gesellschaftlich brandgefährlich. Dieser Antrag lässt den Eindruck entstehen, als stünden die in Bayern lebenden Muslime pauschal unter Generalverdacht. – Das sind unsere Nachbarn, Kollegen und Freunde. Die überwiegende Mehrheit der Muslime in Bayern lebt friedlich, gesetzestreu und bereichert unsere Gesellschaft. Sie verdient Respekt und nicht pauschale Misstrauensbekundungen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Die Forderung nach einer Deutschpflicht für Predigten ist ein weiteres Beispiel für Symbolpolitik. Wenn es um extremistische Inhalte geht, ist nicht Sprache das Problem. Hassprediger verbreiten ihre Botschaften nicht, weil sie in Türkisch oder in Arabisch sprechen. Sie verbreiten sie, weil sie extremistische Ideologien propagieren. Eine Deutschpflicht würde neue bürokratische Hürden schaffen.

(Widerspruch bei der AfD)

Wollen wir in jeder Moschee Sprachpolizisten einsetzen, oder sollen wir den Gottesdienstbesuchern vorschreiben, in welcher Sprache sie beten dürfen? – Das ist nicht nur praxisfern, sondern auch ein Eingriff in die Religionsfreiheit, der in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft schlichtweg nicht hinnehmbar ist.

Unser Ziel muss es sein, die liberale Demokratie zu bewahren und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Dazu gehört selbstverständlich – ich habe es schon gesagt –, entschieden gegen islamistischen Extremismus vorzugehen. Doch wir dürfen dabei nicht alle Muslime in unserem Land zu Feinden erklären. Wer diesen Weg beschreitet, verrät die Werte, die er vorgibt schützen zu wollen.

Wie schon gesagt: Wir müssen extremistische Einflüsse bekämpfen. Wir tun das bereits konsequent. Was wir nicht brauchen, sind undurchdachte Forderungen, die unsere Gesellschaft weiterhin spalten.

Auch von meiner Seite meine aufrichtige Anteilnahme in Richtung der Opfer und der Hinterbliebenen.

Übrigens noch: Wir FREIE WÄHLER lehnen den Dringlichkeitsantrag der AfD ab. – Danke.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Christiane Feichtmeier für die SPD-Fraktion. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Christiane Feichtmeier (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wieder einmal hetzt die AfD hier im Hohen Haus gegen Muslime. Auf Ihrer Winterklausur haben Sie wörtlich ein Anti-Islamisierungspaket für ein freies Bayern gefordert.

(Klatschen bei der AfD)

Das ist doch vollkommen absurd. Darin fordern Sie auch die Abschaffung des Islamunterrichts an den Schulen, obwohl uns die Expertinnen und Experten hier im Landtag gerade erst im Dezember empfohlen haben, den Islamunterricht als Präventionsmaßnahme auszubauen. Aber den Expertinnen und Experten, die wirklich was zu sagen haben, hören Sie eh nicht zu.

Die Lebensrealität in Bayern ist – Gott sei Dank – eine andere. Muslime gehören zu Bayern. Wir haben erst gestern im Verkehrsausschuss gehört, wie viele Menschen aus den unterschiedlichsten Kulturen alleine am Flughafen München arbeiten und unser Land am Laufen halten. Danke dafür.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen Zusammenhalt und keine Spaltung. Eines ist klar: Dafür brauchen wir keine Ratschläge von der AfD. Wir bekämpfen islamistischen Terrorismus und wir dulden keine religiösen Hassprediger.

(Zurufe von der AfD: Oh!)

Wir stehen auch entschieden gegen jede Form von Antisemitismus.

Ich habe volles Vertrauen, dass unsere Sicherheitsbehörden im Land und im Bund die relevanten Erkenntnisse sammeln, bewerten und beim Vorliegen der gesetzlichen Vorgaben im Einklang mit den Grundrechten und der Verhältnismäßigkeit auch Maßnahmen treffen. Unsere Innenministerin Nancy Faeser hat schon vor über einem Jahr die Entsendung von Imamen aus der Türkei beendet. Imame werden jetzt in Deutschland ausgebildet. Wir brauchen nämlich Prediger, die unsere Sprache sprechen, unser Land kennen und für unsere Werte eintreten. Das ist doch völlig klar. Aber wir brauchen keine billige Hetze von rechts außen, die nur Menschen ausgrenzen will. Daher lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/4603 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Genenstimmen! – Die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER und der CSU. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser Dringlichkeitsantrag hiermit abgelehnt.

Bevor wir zu den nächsten Dringlichkeitsanträgen kommen, gebe ich verschiedene Ergebnisse bekannt, zunächst das Ergebnis der vorher durchgeföhrten Wahl eines Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags, Tagesordnungspunkt 3. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 171 Abgeordnete teilgenommen. Ungültig waren 0 Stimmen. Auf Herrn Abgeordneten Oskar Atzinger entfielen 27 Ja-Stimmen und 142 Nein-Stimmen. Der Stimme enthalten haben sich zwei Abgeordnete. Damit hat Herr Abgeordneter Oskar Atzinger nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht. Der Tagesordnungspunkt 3 ist damit erledigt.

Weiter gebe ich nun das Ergebnis der vorher durchgeföhrten Wahl einer Schriftführerin des Bayerischen Landtags, Tagesordnungspunkt 4, bekannt. Auch hier ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 169 Abgeordnete teilgenommen. Ungültige Stimmen gab es keine. Auf Frau Abgeordnete Ramona Storm entfielen 29 Ja-Stimmen und 139 Nein-Stimmen. Enthalten hat sich ein Abgeordneter oder eine Abgeordnete. Damit hat Frau Abgeordnete Ramona Storm nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht. Der Tagesordnungspunkt 4 ist hiermit erledigt.

Außerdem gebe ich noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER und der CSU-Fraktion betreffend "Wer anschafft, zahlt: Bundesvorgaben nachhaltig finanziell unterlegen" auf Drucksache 19/4602. Mit Ja haben 91 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 16 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: 49. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)